

SICHERHEIT

Gefahr für den Handel

Die Bundesregierung will verhindern, dass ab 2012 jeder einzelne Schiffscontainer auf dem Weg von Deutschland in die USA auf Sprengsätze und andere Terrorwaffen untersucht werden muss. Eine Komplettüberwachung aller Container sei teuer, aufwendig und ineffizient, warnt Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU). Es drohe eine „Beeinträchtigung des Warenaustauschs“. Beim Treffen mit der amerikanischen Heimatschutzministerin Janet Napolitano diese Woche in Berlin will Schavan nun darauf drängen, dass Deutschland und Amerika gemeinsam eine Alternative zu der umstrittenen Überwachung entwickeln. Schavan



Containerterminal im Hamburger Hafen

hofft dabei auf größere Bereitschaft als unter der Regierung Bush. So habe Napolitano selbst Zweifel an der Vorgabe des Kongresses geäußert, die Über-

wachung ab 2012 vorzuschreiben. Als Alternative ist im Gespräch, nach Risikoanalysen gestaffelt Einzelprüfungen vorzunehmen.

DER MÜNCHHAUSEN-TEST



STEFAN BONESS / VISUM

„Bislang hat kein Land den Ausstieg aus der Kernenergie faktisch vollzogen. Der Grund ist klar: Es findet sich schwer Ersatz – erst recht in Zeiten des Klimawandels. Nur Deutschland will weiter aussteigen.“

Wolfgang Clement, 68, ehemaliger Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, in einem Vorabdruck seines Buchs „Klartext: Damit Deutschland wieder in Fahrt kommt“ in der „Bild“-Zeitung vom 10. März

DIE FAKTEN

Nach der Kernschmelze von Tschernobyl 1986 wurde in den meisten heutigen EU-Staaten kein neuer Reaktor mehr in Auftrag gegeben. Argumente der Kernkraftgegner sind das Risiko eines Unfalls, das Problem der Entsorgung und die Möglichkeit eines terroristischen Anschlags. Auf Seiten der Befürworter werden die Versorgungssicherheit und die gute CO₂-Bilanz angeführt. 15 der 27 EU-Staaten betreiben derzeit Atomkraftwerke. Italien will neue Reaktoren bauen – nach jahrelangen Stilllegungen. Die restlichen 11 Staaten, unter anderem Griechenland und Dänemark, haben nie Kernkraftwerke betrieben. Irland plante in den siebziger Jahren, vier Reaktoren in Betrieb zu nehmen, stellte die Pläne aber nach starken Protesten von Atomkraftgegnern wieder ein. In Deutschland hat die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder 2000 den Atomausstieg beschlossen. Er wurde 2005 von der Großen Koalition bestätigt. Seitdem steht nur die Laufzeitverlängerung bestehender Reaktoren ernsthaft zur Debatte, nicht aber ein Neubau.

DER TEST

Nicht nur Deutschland will die Reaktoren stoppen: Auch Belgien und Spanien halten an einem Ausstieg

aus der Kernenergie fest. Und in Österreich wurde in den siebziger Jahren zwar das Kernkraftwerk Zwentendorf errichtet, es ging aber niemals in Betrieb. Das Land produziert seinen Strom überwiegend mit Wasserkraft. Anders als seine damalige Partei, die SPD, hat sich Wolfgang Clement 2008 gegen den Atomausstieg gewendet. Seine Nähe zur Industrie war dann sogar Auslöser des Geschehens, das zu seinem Parteiaustritt führte. Die damalige hessische SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti hatte vor der Landtagswahl Ende Januar 2008 unter anderem die Stilllegung des über 30 Jahre alten hessischen Kernkraftwerks Biblis gefordert. Daraufhin folgte eine Woche vor der Wahl ein indirekter Aufruf von Wolfgang Clement, Ypsilanti wegen ihrer Energiepolitik nicht zu wählen. Clement saß zu diesem Zeitpunkt im Aufsichtsrat der RWE Power AG. Das Unternehmen betreibt drei Kernkraftwerke in Deutschland, unter anderem auch Biblis. Die SPD erteilte Clement eine Rüge, er trat daraufhin im November 2008 aus der Partei aus.



DAS FAZIT

Wer sich so für Kernenergie interessiert wie Wolfgang Clement, sollte wissen, welche Länder am Atomausstieg festhalten.